



## **Panel II „Wie schaffen wir die Energiewende?“**

Das Panel startete mit einer Videobotschaft von Tekin Nasikkol, GBR-Vorsitzender von thyssenkrupp Steel. Im Anschluss fanden zwei Impulsvorträge mit den Schwerpunktthemen Strommarktdesign, Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Wasserstoffinfrastruktur, Industriestrompreis und der für den Hochlauf nötigen Finanzierung statt. Darüber und über einige Publikumsfragen wurde im Anschluss auf der Podiumsdiskussion gesprochen.

Impulsvorträge von:

- Dr. Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V.
- Prof. Dr. Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung

anschließend gemeinsame Diskussion mit:

- Stefan Wenzel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Jürgen Kerner, Hauptkassierer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

### **Zentrale Aussagen:**

- **Dr. Simone Peter** betont zu Beginn ihres Vortrags die klima- und umweltpolitische Notwendigkeit einer raschen Umstellung auf klimaneutrales Wirtschaften im Einklang mit der Sicherung der inländischen Industrie bei bezahlbaren Energiekosten. Sie verweist dabei auf die Dynamik bei den Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere in den letzten Monaten, ohne die Herausforderungen durch den *Inflation Reduction Act* der USA zu verschweigen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien müsse einhergehen mit einer umfassende Qualifizierungsoffensive mit Fokus auf die Energiewende (Fach- und Arbeitskräftemangel in den für die Energiewende relevanten Beru-



fen). Insbesondere mit Blick auf die Tarifauseinandersetzungen in der Windenergiebranche betont sie die gemeinsamen Positionen mit den Gewerkschaften, flankierende Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Tarifverträgen in den betroffenen Branchen auf den Weg zu bringen, nicht zuletzt um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Beim Strommarktdesign verweist sie darauf, dass die zu tausenden bereits installierten Biogas-, Wind- und Solaranlagen eine gute Basis seien, um die dezentrale Stromversorgung weiter auf- und auszubauen und langfristig bezahlbare Energiepreise zu realisieren. Erneuerbare Energien müssten stärkere Systemverantwortung übernehmen, um nachhaltig produzierten Strom so günstig wie möglich und wirtschaftlich darstellbar zur Verfügung zu stellen.

- **Prof. Dr. Sebastian Dullien** prognostiziert mit gebotener Vorsicht moderatere Strompreise in den 2030er Jahren. In der Zwischenzeit könne der Strompreis allerdings noch stark schwanken, was sich negativ auf Investitionsentscheidungen auswirke. Die USA und China lockten insbesondere die für die Transformation besonders relevante Zukunftsindustrien (u.a. Batteriezellfertigung, Halbleiter-Industrie, Wasserstoff) mit sehr guten Investitionsbedingungen. Um den Zeitraum zu überbrücken, brauche es einen Brückenstrompreis, die Überlegungen des BMWK gingen hier in die richtige Richtung. Darüber hinaus brauche es aber auch Investitionen in die allgemeine Infrastruktur, die in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich vernachlässigt wurde. Das alles müsse gleichzeitig finanziert werden. Die finanziellen Spielräume seien durch die Zeitenwende zwar sehr eng. Es brauche daher eine klare Bestandsaufnahme über den finanziellen Rahmen der Energiewende, einschl. des Brückenstrompreises. Sondervermögen wie der in dieser Legislatur aufgesetzte Klima- und Transformationsfonds (KTF), aber auch der noch von der Vorgängerregierung zur Bewältigung der Corona-Krise eingerichtete Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) seien vollumfänglich zu nutzen, letzterer etwa für den Brückenstrompreis. Finanzielle Spielräume seien durchaus gegeben. Es brauche dennoch weitere Finanzierungsmöglichkeiten, um durch eine angemessene, progressive Besteuerung Vermögender gerechtere und sozial ausgewogenere Finanzierungsgrundlagen zu schaffen. Als Instrumente benannte er beispielhaft einen möglichen Klima-Soli und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Auf europäischer Ebene brauche es ein Sondervermögen, um zielgerichtet nachhaltige, industriepolitisch sinnvolle länderübergreifende Projekte zu fördern. Das Merit-Order-Prinzip habe in der Krise wie eine gigantische Umverteilungsmaschine zulasten der Verbraucher\*innen gewirkt. Hierzu bedürfe es rasch anderer Lösungen.



- **Stefan Wenzel** betont in seinem Eingangsstatement die massive Beschleunigung der Transformation in der Energiewirtschaft aufgrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Das sei so nicht zu erwarten gewesen. Infolge dessen hätten Energiesicherheit und Energiesouveränität innerhalb Deutschlands und Europas ein viel stärkeres Gewicht bekommen. Die Technologien, die wir für eine dekarbonisierte Industrie in Europa brauchen, müssten nicht nur technologisch beherrscht, sondern auch an inländischen Standorten entwickelt und produziert werden. Bezüglich des Industrie- und Brückenstrompreises brauche es noch weiteren Austausch mit den Koalitionspartnern und der Europäischen Kommission (v.a. beihilferechtliche Klärung). Auch die IG Metall sei hier eine wichtige Stimme, um den Prozess zu beschleunigen.
- **Jürgen Kerner** verweist auf die Notwendigkeit einer raschen Einführung des Industrierstrompreises bis Ende dieses Jahres, um die heimischen energieintensiven Industriebranchen abzusichern. In einigen Teilbranchen bestünden bereits existenzielle Sorgen vor Abwanderung. Hier müsse die deutsche Politik deutlich schneller zu Entscheidungen kommen, daran könne bestenfalls im Nachgang eine begrüßenswerte europäische Lösung andocken. Ein positives Beispiel für rasche Entscheidungen sei der Umbau der Stahlindustrie, die rasch auf eine dekarbonisierte Produktion umstellen will. Die entstehende Nachfrage reize den Hochlauf der Wasserstoffindustrie an, was wiederum die Entwicklung und den Ausbau von Wasserstofftechnologien auch im Maschinen- und Anlagenbau beschleunige. Diese Dynamik befördere die Investitionsbereitschaft enorm, was angesichts der Menge an benötigtem Wasserstoff auch dringend geboten sei. Europa müsse sich am *Inflation Reduction Act* auch mit Blick auf die dortige Förderung von guten Arbeitsbedingungen ein Beispiel nehmen. Staatliche Subventionen müssen Hand in Hand gehen mit der Förderung guter Arbeitsbedingungen, Tariftreue und Standort- wie Beschäftigungsgarantien. Bezugnehmend auf eine Publikumsfrage machte er nochmals deutlich, dass sich die IG Metall auch der Notwendigkeit sinkender Ressourcenverbräuche stelle und es insbesondere mit Blick auf die Ressourceneffizienz sowohl eine gesellschaftliche als auch eine betriebliche Ebene gebe, die nicht im Widerspruch stünden. So habe die Stahlindustrie zwar einen hohen Primärenergieverbrauch, produziere zugleich aber ein hoch recyclingfähiges Produkt, welches für die Energiewende dringend benötigt wird – und an anderen Standorten nicht mit vergleichbaren sozialen und ökologischen Standards hergestellt werde.

**Impressum:** IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzender: Jörg Hofmann, Kontakt: [vorstand@igmetall.de](mailto:vorstand@igmetall.de)

V.i.S.d.P. / Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: ^Thomas Würdinger, IG Metall Vorstand, FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, Leiter Ressort Grundsatzfragen, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, Kontakt: [thomas.wuerdinger@igmetall.de](mailto:thomas.wuerdinger@igmetall.de)

Illustration: iStock/ajijchan